

Denken in der Außenpolitik unseres Staates erweiterte Möglichkeiten schafft.

Im Wissen darum, daß das NATO-Konzept darauf hinausläuft, die Wandlungsprozesse in den sozialistischen Staaten Europas für die Transformation kapitalistischer Verhältnisse in Ökonomie, Politik und Ideologie, das heißt für die Rückführung dieser Länder in das westliche Wertesystem auszunutzen, ist es unumgänglich, dem durch eine klare Offensive unserer Außenpolitik zu begegnen.

Die zentrale Frage ist und bleibt dabei unser entschlossenes Eintreten für Frieden und Abrüstung und die Auseinandersetzung mit der Demagogie der angeblichen Notwendigkeit der nuklearen Abschreckung, die nur dazu dient, die atomare Aufrüstung, vor allem im Kurzstreckenbereich, für die 90er Jahre zu rechtfertigen.

Dem entspricht auch die Erwartung vieler DDR-Bürger, daß die Erneuerung des Sozialismus auf deutschem Boden aufs engste verknüpft wird mit einem realistischen Herangehen an die Einschätzung des Imperialismus, insbesondere in der BRD, sowie natürlich mit dem Blick auf die Perspektiven der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Dabei gilt es, mehrere Punkte fest im Auge zu haben. Zunächst, und daran dürfen wir auch künftig keinen Zweifel entstehen lassen, stehen sich mit der DDR und der BRD auf deutschem Boden zwei Staaten mit unvereinbaren Gesellschaftsordnungen gegenüber, die in entgegengesetzten Bündnissen verankert sind; zwei Staaten, von deren bilateralen Beziehungen zugleich der Frieden und die Stabilität des europäischen Kontinents maßgeblich beeinflußt werden.

In unserem Herangehen müssen wir bedenken, daß es sich bei der DDR und der BRD um zwei Staaten deutscher Nationalität handelt, denen eine gemeinsame Friedensverantwortung auferlegt ist: einmal aus historischer Sicht, zum anderen aus der geostrategischen Lage und nicht zuletzt aus völkerrechtlichen Verpflichtungen resultierend. Gerade daraus ergibt sich eine wesentliche Komponente der Identität einer großen Mehrheit unseres Volkes mit ihrem sozialistischen Friedensstaat. Auch für die Zukunft steht die Aufgabe, die DDR als antimilitaristischen, antifaschistischen, friedensliebenden und friedensstiftenden, den humanistischen Traditionen des deutschen Volkes verpflichteten sozialistischen Staat im Denken und Handeln der DDR-Bürger zu verankern.

Das wird um so besser gelingen, desto schneller wir sachkundige, überzeugende Antworten auf die Fragen finden, die sich aus der gegenwärtigen Entwicklung des Imperialismus ergeben. Die Leninsche Grundeinschätzung des Imperialismus als höchstes und letztes Stadium des Kapitalismus steht dabei nicht zur Disposition. Aber viel mehr aufhellen müs-